

Im März 1998 mußte die ehemalige Hamburger Sozialsenatorin Fischer-Menzel zurücktreten. Grund: Filz in ihrer Behörde – u.a. hatte sie ihrem Ehemann, Geschäftsführer einer Stiftung, ein Projekt zu kommen lassen wollen, daß bereits an eine andere Einrichtung vergeben war. Zur Klärung der Vorwürfe wurde ein Parlamentarische Untersuchungsausschuß „Filz“ eingerichtet. Um zukünftig Filz und Seilschaften in der ihr untergebenen Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales auszuschließen, stellte die Nachfolgerin, Senatorin Karin Roth, am 24. März 1999 eine Dienstvorschrift vor, die auch die Möglichkeit von Ausschreibungen zur Verhinderung von Behördenfilz vorsieht. Gleichzeitig verblüffte sie die Hamburger Öffentlichkeit mit ihrer Erklärung, den Umzug des mobilen Drug-Mobil -ein Fixerbus- in längst versprochene feste Räume als Anlaß für eine Ausschreibung zu nehmen. Mit dem gleichen Argument begründete sie die Ausschreibung des Frauenprojektes Ragazza e.V., das in größere Räume umziehen und zusätzlich einen Frauenfixerraum betreiben sollte. Palette e.V. und Brücke e.V., Einrichtungen der psychosozialen Betreuung von Substituierten, wurden mit der Begründung ausgeschrieben, das ein neues Finanzierungssystem eine Ausschreibung voraus setzt. Pikant ist: alle vier betroffenen Träger sind Vertreter des akzeptierenden Drogenansatzes und als Kritiker der Drogenpolitik in Hamburg bekannt und Filz unverdächtig.

Ausgeschrieben, abgeschrieben, ausverkauft:

Die Hamburger Drogen- und Sozialpolitik zerstört die Grundlagen eines Hilfesystems

"Wenn es keinen sozialen Ausgleich zum heutigen Kapitalismus gibt, dann fahren wir gemeinsam gegen die Wand." (Daniel Goeudevert, ehemaliger Spitzenmanager der Autoindustrie)

Per Fax erfuhren Vorstand und Geschäftsführung der Palette e.V. das Ergebnis der "öffentlichen Bekanntgabe" der bislang von uns betriebenen Einrichtungen zur psychosozialen Begleitung substituierter Drogenabhängiger: Einer unserer drei Betriebe - die Palette 3 in Altona - werde künftig einem anderen Träger zugeschlagen. Der Verein sei gehalten, teilte die Amtsleiterin Elisabeth Lingner am 24.6. mit, gegenüber den MitarbeiterInnen der Palette 3 bis 30.6. arbeitsrechtliche Maßnahmen mit Wirkung zum 30.9.99 zu veranlassen. Der Tagespresse konnten wir entnehmen, daß Jugend hilft Jugend e.V. in Altona den Zuschlag erhalten hat.

Würden wir diese Entscheidung hinnehmen, so wären ab 1.10.99 KollegInnen aus Arbeitszusammenhängen herausgerissen, die sie als eine Form der Drogenhilfe seit zehn Jahren und zum Teil von der ersten Stunde an mit großem persönlichem Einsatz aufgebaut haben. Der von der BAGS ausgesuchte neue Träger Jugend hilft Jugend hat den Aufbau der medikamentengestützten Drogenhilfe währenddessen die längste Zeit mit ablehnenden Kommentaren begleitet. Dort "dürften" sich unsere bisherigen KollegInnen dann bewerben – was aus ihrem bisherigen Drogen akzeptierenden Ansatz wird, steht in den Sternen.

Für die KlientInnen der Palette 3, unter denen ein hoher Anteil schwangere Frauen und alleinerziehende Mütter sind, wäre die weitere Betreuung ab sofort in Frage gestellt. Wir vermuten, daß der Fachbehörde bekannt ist, was heute fachliches Grundlagenwissen ist: Daß eine gelingende und dauerhafte therapeutische Beziehung das zentrale "heilende" Element der psychosozialen Behandlung und Betreuung ist.

Eine ähnlich geartete Entscheidung trifft den Träger freiraum hamburg e.V.: Hier soll der mit höchstem Einsatz und unter schwierigsten Bedingungen aufgebaute Fixerraum Billstedt an eine Bremer gGmbH übergehen, die mit dem Betrieb von Fixerräumen und den Verhältnissen im Stadtteil bislang keinerlei Erfahrung hat.

Vorstand und Geschäftsführung der Palette können und werden es nicht verantworten, aufgrund einer solchen, auch verfahrenstechnisch höchst fragwürdigen Entscheidung, 180 KlientInnen und etwa 15 MitarbeiterInnen auf die Straße zu entlassen. Wir werden gegen diese Entscheidung mit allen rechtlichen Mitteln vorgehen. Über das Schicksal der KlientInnen, der MitarbeiterInnen und des Trägers hinaus bewegt uns aber die grundsätzliche Bedeutung dieses Vorgangs:

Es geht nicht einfach um Verteilungskämpfe, sondern um eine dramatische und außerordentlich destruktive Weichenstellung für den gesamten Sozialbereich.

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gibt es, aus gutem Grund, das Prinzip der freien Wohlfahrtspflege. Dazu gehört eine vielfältige Trägerlandschaft, gehört das ehrenamtliche Engagement von Laien und Vorstandsmitgliedern, gehören kirchliche, humanitäre oder sozialpolitische Motive und Zielsetzungen und engagierte professionelle InitiatorInnen, die Hilfsangebote dort aufbauen, wo Menschen an gesellschaftlichen Verhältnissen und Anforderungen scheitern, bzw. durch diese ausgegrenzt werden. Daß solche Hilfen gerade nicht von oben herab staatlich verordnet werden können, läßt sich an jedem Bereich psychosozialer Hilfen - sei es etwa für Obdachlose, psychisch Kranke, alkoholsüchtige, sich prostituierende oder drogenabhängige Menschen - nachvollziehen. In Hamburg gibt es eine Vielzahl guter Beispiele sozialer Hilfsangebote, die in Kooperation von Betroffenen, Bürgern, professionellen Helfern und freien Trägern gelungen sind. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spaltung und Spannung zwischen reich und arm, "Losern" und "Winnern", sind solche Ansätze notwendiger denn je.

Im konkreten Fall der öffentlichen Ausschreibung von Drogenhilfeprojekten werden Hilfsangebote, die unter höchstem Einsatz ideeller und menschlicher Substanz entwickelt und aufgebaut wurden, behandelt, als handele es sich um Staatseigentum, das nach Gutdünken neu auf- und zugeteilt werden kann. Wenn ein solches Vorgehen der "freien Vergabe" von Ideen und Errungenschaften der freien Wohlfahrtspflege politisch machbar wird, bedeutet das das Ende einer Kooperation zwischen engagierten BürgerInnen und Staat im sozialpolitischen Feld. Wenn Politik meint, auf dieses Potential verzichten zu können, wird sie die Entscheidung für Billiganbieter und andere Begünstigte bald teuer zu stehen kommen. Dies alles spielt sich in einem Bereich ab, der noch immer höchst brisant ist und den sozialen Frieden in manchen Stadtteilen ernsthaft gefährdet..

Vorstand und Geschäftsführung der Palette e.V. rufen dazu auf, in diese Debatte ab sofort mit allen Beteiligten einzutreten

Vorstand und Geschäftsführung der Palette e.V., Schillerstr. 47-49, 22767 Hamburg, Tel.: 389 26 91

Der Aufruf wird unterstützt von:

Die Brücke e.V., freiraum hamburg e.V., Ragazza e.V.

Hamburg, im Juni 1999